



Haushalts- und Finanzausschuss (19.) (öffentlich)

TOPs 2 bis 7 gemeinsam mit:

Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (10.) (öffentlich)

11. Mai 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 12:37 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gespräch mit dem Vorstand der Ersten Abwicklungsanstalt (Präsentation s. Anlage 1)** **7**
 - Geschäftsentwicklung und Jahresabschluss 2021/2022, aktuelle Entwicklungen und Trends 2022/2023

- 2 Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** **23**
 - Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/2277
Vorlage 18/667
 - Ausschussprotokoll 18/208 (Anhörung vom 23.03.2023)
 - Abschließende Beratung und Abstimmung
 - Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4823

Haushalts- und Finanzausschuss (19.) (öffentlich)

11.05.2023

TOPs 2 bis 7 gemeinsam mit:

vk

Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (10.) (öffentlich)

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4824

– Wortbeiträge

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses kommt überein, kein Votum zu den Änderungsanträgen Drucksachen 18/4283 und 18/4284 sowie dem Gesetzentwurf Drucksache 18/2277 abzugeben.

Der Haushalts- und Finanzausschuss lehnt den Änderungsantrag Drucksache 18/4283 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss lehnt Ziffer 1. des Änderungsantrags Drucksache 18/4284 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss lehnt Ziffer 2. des Änderungsantrags Drucksache 18/4284 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss lehnt Ziffer 3. des Änderungsantrags Drucksache 18/4284 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimme der SPD-Fraktion ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss lehnt Ziffer 4. des Änderungsantrags Drucksache 18/4284 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimme der SPD-Fraktion ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 18/2277 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Haushalts- und Finanzausschuss (19.) (öffentlich)

11.05.2023

TOPs 2 bis 7 gemeinsam mit:

vk

Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (10.) (öffentlich)

3 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze

35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065

Ausschussprotokoll 18/227 (Auswertung der schriftl. Anhörung am 25.04.2023)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4282

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses stimmt dem soeben geänderten Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem soeben geänderten Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD zu.

4 Einstellungszusagen für 2024 an Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“

37

Vorlage 18/1215

– Wortbeiträge

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Haushalts- und Finanzausschuss (19.) (öffentlich)

11.05.2023

TOPs 2 bis 7 gemeinsam mit:

vk

Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (10.) (öffentlich)

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses kommt überein, kein Votum abzugeben.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem Antrag des Ministeriums der Finanzen Vorlage 18/1215 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2023/2024

38

Vorlage 18/1224

Drucksache 18/4291 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– Wortbeiträge

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses kommt überein, kein Votum abzugeben.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem Verordnungsentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

6 Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitarbeitskonten überführen

39

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4132

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen und die Terminplanung im Kreis der Obleute abzustimmen.

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses kommt überein, sich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

7 Verschiedenes I

40

hier: **Aufhebung eines Sitzungstermins**

Der Haushalts- und Finanzausschuss und der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses kommen überein, auf die gemeinsame Sitzung am 16.05.2023 zu verzichten.

Haushalts- und Finanzausschuss (19.) (öffentlich) 11.05.2023
TOPs 2 bis 7 gemeinsam mit: vk
Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (10.) (öffentlich)

- 8 Gesetz über die Abspaltung von Glücksspielbeteiligungen von der NRW.BANK Anstalt des öffentlichen Rechts und über die Einwilligung zur Verschmelzung der Finanzierungsgesellschaft des Landes NRW zur Kapitalerhöhung bei der WestLB AG mbH mit der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (Glücksspielbeteiligungsabspaltungsgesetz – GlüBetAbG) 41**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3842
Vorlage 18/1203 (Stellungnahmen von NRW.BANK und WestLotto)

– Wortbeiträge

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu

- 9 Tätigkeit eines ehemaligen Beigeordneten der Stadt Düsseldorf für das Ministerium der Finanzen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1161
Vorlage 18/1201

in Verbindung mit

Stellenbesetzung Leitung Rechenzentrum der Finanzverwaltung (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1229

– Wortbeiträge

- 10 Verschiedenes II 55**
- a) **Anhörung zum Antrag Drucksache 18/1690 „Altschuldenlösung endlich auf den Weg bringen“ der SPD-Fraktion am 18.08.2023 55**
 - b) **Terminhinweise 55**
 - c) **Regionalisierte Daten zur Steuerschätzung 55**

Haushalts- und Finanzausschuss (19.) (öffentlich)

11.05.2023

TOPs 2 bis 7 gemeinsam mit:

vk

Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (10.) (öffentlich)

3 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065

Ausschussprotokoll 18/227 (Auswertung der schriftl. Anhörung am 25.04.2023)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4282

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses – federführend – und an den Rechtsausschuss am 08.03.2023)

Vorsitzende Carolin Kirsch informiert, der Unterausschuss Personal habe die schriftliche Anhörung am 25.04.2023 ausgewertet. Der HFA habe sich am 27.04.2023 damit befasst. Der Rechtsausschuss habe dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 22. März 2023 zugestimmt. Zwischenzeitlich hätten die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen den vorliegenden Änderungsantrag eingereicht.

Simon Rock (GRÜNE) erläutert, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes sollten die befristeten Regelungen insbesondere bezüglich der Möglichkeit, Sitzungen von Personalräten digital abzuhalten, entfristet werden. Da die bisherige Regelung bis zum 30.06.2023 gelte, sollte das Gesetz zu vor, also noch vor der Sommerpause, verabschiedet werden.

Durch die intensive Auswertung der schriftlichen Anhörung sei Schwarz-Grün zu der Einschätzung gekommen, mit dem Gesetzentwurf sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, die Sitzungen der Personalversammlungen analog zur verbreiteten Praxis in privatwirtschaftlichen Betrieben in digitaler oder hybrider Form stattfinden zu lassen. Durch die Änderung schaffe Schwarz-Grün diesbezüglich Rechtsicherheit.

Die übrigen Stellungnahmen und Anregungen aus der Sachverständigenanhörung würden in Ruhe geprüft und gegebenenfalls in einem zusätzlichen, an keine Frist gebundenen Gesetzgebungsverfahren umgesetzt.

Jörg Blöming (CDU) stellt fest, in den zur schriftlichen Anhörung eingegangenen Stellungnahmen seien die Ziele des Gesetzentwurfes einhellig begrüßt worden. Die während der Coronapandemie befristet etablierte Praxis habe sich auch aus schwarz-grüner Sicht bewährt und werde nun folgerichtig verstetigt. In verschiedenen Stellungnahmen

Haushalts- und Finanzausschuss (19.) (öffentlich)

11.05.2023

TOPs 2 bis 7 gemeinsam mit:

vk

Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (10.) (öffentlich)

würden darüber hinausgehende Änderungen angeregt, bei denen jedoch zum Teil noch erhebliche rechtliche Bedenken beständen, etwa bezüglich der digitalen Durchführung von Personalratswahlen.

Andere Vorschläge gingen über den Kern der vorliegenden Gesetzesnovelle deutlich hinaus, beträfen andere Bereiche des Landespersonalvertretungsgesetzes und könnten daher im Rahmen einer späteren Überarbeitung erneut aufgegriffen werden.

Lediglich bei dem im Änderungsantrag angesprochenen Punkt habe die Möglichkeit bestanden, einen bestehenden rechtlichen Schwebzustand durch eine rechtssichere Regelung zu ersetzen und digitale Personalversammlungen ausdrücklich zuzulassen. Schwarz-Grün erhoffe sich davon einen weiteren Modernisierungsimpuls.

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses stimmt dem soeben geänderten Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss stimmt dem soeben geänderten Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD zu.